

NATION OHNE INTERESSEN?



Von GREGOR SCHÖLLGEN

Flüchtlingskrise, Ukraine Konflikt, Bürgerkrieg in Syrien – die Probleme rücken immer näher. Deutschland muss in die Offensive gehen und sich erklären. Zeit für eine neue Realpolitik

Es heißt: Wenn jemand weiß, was Wladimir Putin umtreibt, dann sollten es die Deutschen sein. So bleibt Angela Merkel mit ihm im Gespräch

Rechts: Bis zum Fall der Mauer 1989 hatten sich die Bundesbürger damit arrangiert, dass die Partner und Verbündeten ihre Sicherheit garantierten





YOU FUCKIN' LO

TAXI PARISIEN
CORRIS DIPLOMATIC ROMANIEU - CO-ROM

67
Love storie Sued

DADO
BERLIN
CARTOON TRAGANT
STUDA

NOV 9-89

BIRGIT KINDER
FAMILIA
18. 1990
18. 1990
14. 2000
16. 2005

Niko
ich Liebe
Dich!

YELI
aliebe Valentina,



Nationalstaaten haben Interessen. Auch Deutschland, seit es vor nunmehr einem Vierteljahrhundert mit dem Zwei-plus-vier-Vertrag seine vollständige äußere Souveränität wiedererlangt hat. Spätestens seit der Flüchtlingskrise dürfte das für alle sichtbar geworden sein.

Bis 1990 stand die äußere Souveränität unter dem Vorbehalt einer abschließenden friedensvertraglichen Regelung durch die vier Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkriegs. Dass Amerikaner und Sowjets, Briten und Franzosen den Deutschen diesen Friedensvertrag und damit die volle Souveränität viereinhalb Jahrzehnte lang vorenthielten, war auch eine Quittung für die Verfehlungen und Verbrechen des ersten Nationalstaats auf deutschem Boden.

Bis zuletzt hatte das 1871 in der Regie Otto von Bismarcks gegründete Deutsche Reich versucht, dem Geburtsfehler seiner halb hegemonialen Stellung durch die Flucht nach vorn zu entkommen. Das Streben nach Hegemonie war im Zeitalter des Imperialismus ein gängiges Mittel europäischer Großmachtpolitik. Die Deutschen sahen darin zudem einen Weg, um die Existenz ihres geostrategisch exponierten Nationalstaats in der Mitte Europas auf Dauer zu sichern.

Dieses Denken war ihnen so vertraut, dass Adolf Hitler sich seiner bedienen und den Kontinent mit einem Krieg überziehen konnte, der als systematischer Vernichtungsfeldzug mit dem ursprünglichen Ziel nichts mehr zu tun hatte. Dass die Mehrzahl der Deutschen ihm bis zuletzt auch auf diesem Weg folgte, bestärkte ihre Opfer und Gegner in der Auffassung, dass der deutsche Nationalstaat der Kern allen Übels sei. Kein Wunder, dass sie ihn von der politischen Landkarte nahmen.

Kein Wunder auch, dass die Erinnerung an dieses Kapitel der Geschichte bis heute mobilisierbar ist, wenn sich die Nachbarn an der deutschen Gegenwart abarbeiten. Tatsächlich greift der Vergleich schon lange nicht mehr. Nie und nimmer hätten die vormaligen Sieger der Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaats zugestimmt, hätten sie 1990 annehmen müssen, dieser hätte etwas mit jenem Deutschen Reich zu tun, das sie ein halbes Jahrhundert zuvor zerschlagen hatten.

Die Deutschen hatten ihre Lektion gelernt, hatten die eingeschränkte äußere Souveränität und

Bewegungsfreiheit schon bald nicht mehr als Manko wahrgenommen, sondern als Chance zur Besinnung und Bewährung genutzt. Schon weil ihnen die Mittel fehlten, setzten sie nach 1945 nicht mehr auf eine gewaltsame Korrektur, sondern auf die friedliche Anerkennung einer für sie unerfreulichen Wirklichkeit, die in diesem Falle in der Teilung des Landes und dem Verlust weiter Gebiete östlich von Oder und Neiße bestand.

Das war ein langer, innenpolitisch mühsamer Prozess. Aber er lag im deutschen Interesse, jedenfalls dann, wenn man der Aufforderung des Grundgesetzes Rechnung tragen wollte, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“. Prominent in der Präambel festgeschrieben,

musste die Wiedervereinigung sogar als das eigentliche, das primäre politische Interesse der Bundesdeutschen gelten. Selbst dann noch, als niemand mehr ernsthaft mit der Realisierung dieses Zieles rechnete.

Ob eine Mehrzahl der Bundesbürger diese Vereinigung tatsächlich noch wollte, als sie 1989 völlig unerwartet auf die Tagesordnung kam, darf man bezweifeln. Warum auch? Längst hatten sie sich mit einer Lage arrangiert, in der die Partner und Verbündeten ihre Sicherheit garantierten und ihnen so die 1945 undenkbbare Chance eröffneten, im Windschatten des Ost-West-Konflikts zu prosperieren.

Dass etwas fehlte, störte die meisten nicht. Sie merkten nicht einmal, dass die Republik in letzter Konsequenz kein Nationalstaat war. Die feste Integration in die westlichen Gemeinschaften, die den nationalen Bewegungsspielraum faktisch noch weiter einschränkte, wurde als Horizonterweiterung verstanden, und mit der erfolgreichen D-Mark gab es ein identitätsstiftendes Symbol, das stärker war als die bis 1990 eher verschämt gezeigte Nationalflagge.

DANN GAB ES GLEICHSAM ÜBER NACHT eine völlig neue Lage, und heute ist kaum noch etwas wie vor 1990. Was den Deutschen bis dahin erspart blieb, ist jetzt an der Tagesordnung: Sie werden in die Verantwortung genommen – in jeder Hinsicht, rund um die Uhr und von allen Seiten.

Das muss zu einer Überforderung mit nicht absehbaren Konsequenzen führen, wenn die Deutschen jetzt nicht klipp und klar sagen, was sie können und

Was den Deutschen bis 1990 erspart blieb, ist jetzt an der Tagesordnung: Sie werden in die Verantwortung genommen





Erich Honecker, der die DDR von 1971 bis zu ihrem Untergang leitete, konnte sich zuletzt vor Besuchern aus der Bundesrepublik kaum retten

Links unten: Mit der erfolgreichen D-Mark gab es ein identitätsstiftendes Symbol, das stärker war als die bis 1990 eher verschämt gezeigte Nationalflagge



Mit der Unterzeichnung des Zwei-plus-vier-Vertrags durch die vier Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkriegs erlangte Deutschland 1990 seine äußere Souveränität



wollen und was sie nicht können und nicht wollen. Die Definition der legitimen nationalen Interessen, denn um die geht es, ist schon deshalb ein Gebot der Stunde, weil die internationalen Gemeinschaften, in denen die Deutschen bis 1990 sozialisiert worden sind, in Agonie liegen oder zerfallen.

Das begann mit dem Ende des Ost-West-Konflikts. In den ausgehenden achtziger Jahren verschwanden nicht nur die Sowjetunion und die von ihr gegründeten und kontrollierten Gemeinschaften wie der Warschauer Pakt oder der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Vielmehr kam dem Westen auch ein verlässliches Feindbild und damit der identitätsstiftende Sinn seiner eigenen Gemeinschaften abhanden.

Dass diese gleichwohl die Zäsur überlebten, muss überraschen. Im Grunde sind sie allesamt Anachronismen, Geschöpfe des Kalten Krieges, die in einer aus den Fugen geratenen Welt allenfalls dann eine Zukunft haben, wenn sie den neuen Verhältnissen angepasst werden. Das gilt für die Nato, es gilt für die Europäische Union, und es gilt in gewisser Weise auch für die KSZE beziehungsweise OSZE und für die Vereinten Nationen.

Deutschland, das zumindest in der Nato und in der EU eine Schlüsselrolle spielt, muss ein herausragendes, ein nationales Interesse daran haben, dass diese Gemeinschaften grundlegend renoviert – oder aber endlich aufgelöst werden. Auch diese Option darf von einer verantwortlichen Außenpolitik nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden: Man stelle sich vor, die solchermaßen freigesetzten Ressourcen stünden für die neu organisierte Bewältigung der gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen zur Verfügung.

Das gilt auch für die Vereinten Nationen. Sie waren nicht zuletzt eine frühe Antwort auf den sich schon während des Zweiten Weltkriegs abzeichnenden Zerfall der Anti-Hitler-Koalition. Und sie waren anfänglich eine westliche, eine antisowjetische Veranstaltung. Jedenfalls nahm der Kreml das so wahr und setzte eine Reihe von Forderungen durch, darunter das Vetorecht der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, das auch dann gilt, wenn die Veto einlegende Macht selbst Konfliktpartei ist.

Wenn die Vereinten Nationen nicht aufgelöst und durch eine zeitgemäße Organisation ersetzt werden können, wenn sie mithin in der ungeordneten Welt



eine Zukunft haben müssen, dann wird das nur mit einer grundlegenden Reform gelingen. Dazu gehört eine Erweiterung des Kreises der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats – einschließlich des Vetorechts.

Solange die Vereinten Nationen internationale Einsätze, darunter groß angelegte Kampfeinsätze, mandattieren, muss Deutschland auf einem ständigen Sitz mit Vetorecht bestehen. Weil die Bundesrepublik seit 1990 in atemberaubendem Tempo und bei allen möglichen Arten der Konfliktbewältigung engagiert war und ist, weil sie zum Beispiel um die Jahrtausendwende nach den USA der zweitgrößte Truppensteller bei internationalen Einsätzen war, ist die unmittelbare Mitsprache bei deren Mandatierung ein nationales Interesse.

Das haben seit 1990 alle Bundesregierungen so gesehen, die drei Kanzler beziehungsweise die Kanzlerin haben es auch eingeklagt – früher oder später, mehr oder weniger deutlich. Besonders deutlich wurde Gerhard Schröder. Er hatte den ersten, wenn auch nicht mit einem UN-Mandat versehenen Kampfeinsatz deutscher Soldaten – die Nato-Aktion gegen Serbien im Frühjahr 1999 – sowie die Entscheidungen über eine deutsche Teilnahme an den amerikanischen Kriegen in Afghanistan und im Irak zu verantworten.

Nicht der erste Kanzler des vereinten Deutschlands, der Christdemokrat Helmut Kohl, sondern der erste Sozialdemokrat in dieser Rolle, zugleich Vorsitzender seiner Partei, sagte erstmals öffentlich, was früher oder später gesagt werden musste: „Jede Außenpolitik, die behauptet, keine Interessen zu verfolgen, wäre reine Heuchelei. Wie alle unsere Nachbarn, haben auch die Deutschen vernünftig verstandene nationale Interessen.“

DIE EIGENTLICHEN ADRESSATEN waren seine eigenen Landsleute. Ihnen schrieb Gerhard Schröder Anfang September 1999 auch ins Stammbuch, dass man „1. ... sein eigenes Interesse nicht leugnen“ und „2. ... sein Interesse definieren“ müsse. Also war es folgerichtig, dass dieser Bundeskanzler drei Jahre später sein Nein zu einer deutschen Teilnahme am Irakkrieg der USA mit eben diesem nationalen Interesse begründete: „Über die existenziellen Fragen der deutschen Nation wird in Berlin entschieden und nirgendwo anders“, stellte Schröder im September 2002 vor dem Deutschen Bundestag klar.

Und es war auch konsequent, dass dieser Bundeskanzler stärker als sein Vorgänger auf einen ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen drängte. Seine Nachfolgerin setzte diesen Kurs zunächst fort und bekundete im September 2007 vor der UN-Generalversammlung die Bereitschaft Berlins zur Übernahme eines ständigen Sitzes. Allerdings musste Angela Merkel, wie vor ihr schon Helmut Kohl und Gerhard Schröder, die Erfahrung machen, dass namentlich der amerikanische Präsident den deutschen Wunsch ignorierte.

Ohne oder gar gegen die USA aber ist eine grundlegende Reform der internationalen Organisationen nicht denkbar. Das gilt für die Uno, es gilt für die Nato, und es gilt mittelbar auch für die EU. Wer diese Reformen

für zwingend hält, kommt an einer Neudefinition des deutsch-amerikanischen Verhältnisses nicht vorbei. Auch diese Neudefinition ist ein legitimes deutsches, ein herausragendes nationales Interesse.

Es war von Anfang an eine ungleiche Partnerschaft. Die Amerikaner gaben die Richtung vor, die Deutschen folgten ohne Wenn und Aber. Bis 1990 konnte es nicht anders sein. Mit ihrer Präsenz und ihrer Nukleardoktrin garantierten die USA alles, was den Deutschen im Westen des geteilten Landes lieb und teuer war – ihre Sicherheit und ihre Freiheit, ihre Währung und ihren Wohlstand.

Der Preis, den sie dafür zahlten, war hoch: Die Deutschen wurden entmündigt. Das war ein

schleichender Prozess. Welche weitreichenden Folgen er zeitigte, wurde erkennbar, als die transatlantische Sicherheitsgarantie hinfällig geworden war. Die Sowjetunion, ihr Imperium und die von ihnen ausgehende Bedrohung mochten 1991 untergegangen sein, der umfassende amerikanische Anspruch auf Vormundschaft war und ist so lebendig wie eh und je.

Was sich die Bundeskanzlerin seit 2009 vom amerikanischen Präsidenten gefallen lassen muss, hielt man nicht für möglich, wäre man nicht regelmäßig Zeuge dieser ernüchternden Vorstellung. Dass nicht nur die gesamte Republik flächendeckend durch amerikanische Geheimdienste ausspioniert, sondern auch ihr eigenes Handy abgehört wurde, war ein zufälliger Höhepunkt dieser Zumutungen; dass es einer zweit-rangigen Spionageaffäre bedurfte, um erkennbar zu reagieren, war bezeichnend. Es war ein Rückfall. Denn Merkels Vorgänger hatte während des amerikanischen

Die Amerikaner gaben die Richtung vor, die Deutschen folgten ohne Wenn und Aber

Irakkriegs gezeigt, dass man die Rolle eines vollständig souveränen Partners mit angemessenem Selbstbewusstsein ausfüllen kann, ohne sich zu übernehmen oder zu verbiegen.

Einiges spricht dafür, dass ein selbstbewusst auftretender deutscher Partner auch für die USA die attraktivere Alternative ist. Ein selbstbewusster ist ein berechenbarer Partner. Und ein berechenbarer Partner darf die Frage stellen, ob dieses in einer anderen Zeit und für eine andere weltpolitische Konstellation gegründete Bündnis in der bestehenden Form eine Zukunft haben kann.

Wer der Nato heute eine Legitimation verschaffen will, indem er insinuiert, der Kreml habe den Verstand verloren, falle in den Kalten Krieg zurück, bereite den Angriff auf eines der Nato-Mitglieder vor, spielt mit dem Feuer. Wollte man gleichwohl auf dieser Position beharren, wären die in Polen oder den baltischen Staaten getroffenen Maßnahmen so unzureichend, dass sie einer Aufkündigung des Bündnisses gleichkämen.

Nicht die Sicherheit dieser Staaten steht auf dem Spiel, sondern die Zukunft der Nato. Soll es eine solche geben, bedarf es 25 Jahre nach dem Ende des Kalten

Krieges ihrer fundamentalen Reform und damit einer grundlegenden Neugestaltung des europäisch-amerikanischen Verhältnisses. Beides liegt im deutschen Interesse.

WIE ES AUCH IM DEUTSCHEN INTERESSE LIEGT, mit denen im Gespräch zu bleiben oder – wieder – ins Gespräch zu kommen, mit deren Politik sich der Fortbestand eines in dieser Form anachronistischen Bündnisses vermeintlich legitimieren lässt. Zum Beispiel mit dem russischen Präsidenten. Wenn jemand weiß, was Wladimir Putin umtreibt, dann sollten es die Deutschen sein. Sie haben Russland, beziehungsweise die Sowjetunion, in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts zwei Mal mit Krieg überzogen und dabei in den Jahren 1941 bis 1944 an den Rand der totalen Vernichtung gebracht.

Daraus zogen sämtliche Kreml-Herren von Stalin bis Putin die Konsequenz, dass ihr Land nie wieder in eine vergleichbare Situation kommen dürfe. So gesehen, erlebt Russland seit den ausgehenden achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts den Supergau. Die Atomisierung des strategischen Vorfelds, die Auflösung des Warschauer Militärpakts und schließlich

Berlin isst einladend.

Der Hotspot der kreativen Kochkunst ist Berlin. Das zeigen die Berliner Meisterköche, welche seit 1997 von Berlin Partner gekürt werden. Sie repräsentieren die Kreativität und Vielfältigkeit Berlins, die für die Gastroszene genauso gilt, wie für die Start Up Community.

Berlin Partner und die Jury der Berliner Meisterköche gratulieren den Preisträgern 2015 in den sechs Kategorien:

Berliner Meisterkoch 2015

SONJA FRÜHSAMMER
„Frühsammers“



Brandenburger Meisterkoch 2015

MARCO GIEDOW
„Speisenkammer“
im Ferienhof Spreewaldromantik

Berliner Gastgeber 2015

BARBARA MERLL
„Skykitchen Restaurant“

Aufsteiger des Jahres 2015

MANUEL SCHMUCK
„Martha's Restaurant“

Berliner Szenerestaurant 2015

CORDOBAR

Gastronomischer Innovator 2015

ÜBER DEN TELLERAND KOCHEN e.V.

www.berlin-partner.de
[www.facebook.com/
BerlinerMeisterkoeche](https://www.facebook.com/BerlinerMeisterkoeche)
#berlinisst



Soll man mit Baschar al Assad (hier mit seinem Vater auf einem alten Plakat) verhandeln? Die Kanzlerin hat Gespräche mit dem Diktator ins Spiel gebracht

Unten: Der erste, wenn auch nicht mit einem UN-Mandat versehene Kampfeinsatz deutscher Soldaten fand 1999 im Kosovo statt



Rechts: Will man die Flüchtlingskrise entspannen, wird man wohl nicht umhinkommen, auch mit unliebsamen Herrschern zu verhandeln



sogar der Zerfall der Sowjetunion selbst waren und sind für viele Russen bis heute nicht hinnehmbar.

Der Zusammenbruch wiegt umso schwerer, als er von einem Vordringen des vormaligen weltpolitischen Gegners in jene Räume flankiert wurde und wird, die Russland hatte aufgeben müssen. Dass die Völker und Nationen Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas von einem unantastbaren Recht Gebrauch machten, als sie in die westlichen Gemeinschaften, auch in die Nato drängten, zählt aus dieser Perspektive nicht.

Man muss um diese russische Perspektive wissen. Das macht aus Unrecht kein Recht, aber es hilft bei der Formulierung einer politischen Strategie gegenüber einem unverhohlenen offensiven, erklärtermaßen revisionistisch orientierten Russland. Und man muss mit Putin im Gespräch bleiben. Wer das anders sieht, wer behauptet, der Westen habe in solchen Fällen stets den Hebel umgelegt, die Verhängung von Sanktionen eingeschlossen, irrt oder ignoriert die Realitäten.

Der Westen, auch die Bundesrepublik, hat nichts dergleichen getan, als die sowjetische Führung 1953, 1956 und 1968 die Aufstände in der DDR, in Ungarn und in der Tschechoslowakei niederwalzen ließ. Und

Erich Honecker, der die Zwanganstalt DDR von 1971 bis zu ihrem Untergang leitete und für den Schießbefehl auf sogenannte Republikflüchtige stand, konnte sich zuletzt vor Besuchern aus der Bundesrepublik kaum retten, wurde dort im September 1987 sogar mit allen Ehren empfangen. Schon damals galt: Gespräche mit und Kontakte zu Potentaten und Diktatoren sind besser als eine tote Leitung.

So gesehen, tat die Bundeskanzlerin gut daran, das Gespräch mit Wladimir Putin zu intensivieren, sich für eine „verlässliche Partnerschaft mit Russland“ einzusetzen und nach einem Jahr erneut die Tür des Petersburger Dialogs zu öffnen. Wie sie auch gut daran tat, den Kontakt zu Recep Tayyip Erdogan wieder aufzunehmen. Das Gespräch mit dem russischen und dem türkischen Präsidenten liegt im deutschen Interesse.

Wie immer man die Außenpolitik der beiden einschätzt und selbst wenn man meint, über ihre Innenpolitik zu Gericht sitzen zu müssen – man braucht sie. In dem Maße, in dem die Beendigung des syrischen Bürgerkriegs zu einem herausragenden deutschen Anliegen wird, wächst die Abhängigkeit von Putin und Erdogan. Man mag das beklagen, man mag



das verurteilen; ändern kann man es von deutscher Seite nicht. Die beiden sitzen am längeren Hebel.

Will man die zurzeit brisanteste Ursache des Flüchtlingsstroms in den Griff bekommen, muss man sich auf die Bedingungen des türkischen Präsidenten, darunter Verhandlungen über die Vollmitgliedschaft seines Landes in der EU, einlassen; und man muss die Forderungen des russischen Präsidenten ernst nehmen, der auf eine Lösung mit Baschar al Assad besteht, was immer das auch für dessen Zukunft bedeutet. Auch hier lag die Bundeskanzlerin richtig, als sie direkte Gespräche mit dem syrischen Diktator ins Spiel brachte.

DASS ANGELA MERKEL DIESE GESPRÄCHE mit Putin, Erdogan, Assad und anderen Potentaten und Diktatoren durchweg im Alleingang sucht, führt oder anregt, hat neben anderen vor allem diesen Grund: Das integrierte Europa, das sich nach wie vor euphemistisch als „Union“ bezeichnet, hat in den dramatischen Krisen der vergangenen Jahre endgültig unter Beweis gestellt, dass es keine solche, sondern ein Klub der Egoisten, wenn nicht der Nationalisten ist. Dass ein einzelner, nämlich der griechische Ministerpräsident während der letzten Runde der Eurokrise dem Klub das Heft des Handelns aus der Hand nehmen konnte, war bezeichnend. Immerhin nannte Alexis Tsipras das Kind beim Namen, als er davon sprach, dem nationalen Interesse zu folgen.

Das tat auch Viktor Orbán, als er während der Flüchtlingskrise die Grenzen seines Landes dichtmachte. Ungarns Ministerpräsident war einer der wenigen, der offen sagte, warum er tat, was er tat. Man mag seine Entscheidung für falsch oder zynisch halten, so wie man die Entscheidung der deutschen Bundeskanzlerin, die Grenzen zu öffnen, für falsch oder weltfremd halten mag. Aber die beiden legten ihre Motive offen. In beiden Fällen war es – nicht zuletzt und auch im Falle Angela Merkels – ein nationales Anliegen.

Die Kanzlerin ist eben nicht nur davon überzeugt, dass kein Zaun solche Massen auf Dauer aufhalten kann, sondern sie glaubt tatsächlich auch daran, dass Deutschland das „schaffen“ kann und muss. Die Antworten auf die Frage, was eigentlich „geschafft“ werden muss, auf welche gravierenden Konsequenzen sich die Deutschen einzustellen haben, wo die Grenze der deutschen Aufnahmebereitschaft liegt, und was sie vorhat, wenn diese Grenze erreicht oder

gar überschritten ist, steht aus. Dass es eine nationale Antwort sein muss, weiß sie.

Denn die großen Krisen, die Europa seit einem Jahrzehnt bis in die Grundfesten erschüttern, haben bestätigt, was schon ihre Gründer wussten: Ohne ein tragfähiges politisches Fundament wird die Gemeinschaft scheitern. So gesehen, war der Schiffbruch, den die Europäische Verteidigungsgemeinschaft 1954 im französischen Parlament erlitt, ein Fanal. Alle folgenden Versuche, die Nationalstaaten zur Auf- und Abgabe substanzieller außen- und sicherheitspolitischer Kompetenzen zu bewegen, sind gescheitert, zuletzt im Rahmen der Einführung des Euro.

Kann es da wirklich überraschen, dass sich die Mitglieder der EU in dem Maße von ihren nationalen

Interessen leiten lassen, in dem die „Union“ unter dem Druck der Ereignisse den Offenbarungseid leistet und sich auf das Format einer Freihandelszone reduziert? Das zwingt auch die Bundesrepublik zur Reaktion, obgleich oder weil sie zu den Gründern der EU zählt und ihre Interessen jahrzehntelang wie kaum ein zweites Mitglied über diese definiert hat.

Schon weil die Deutschen in ihrer größten Belastungs- und Bewährungsprobe seit der Vereinigung die Erfahrung gemacht haben, dass man sie, wenn es darauf ankommt, im Regen stehen lässt, müssen sie ihre Interessen unmissverständlich definieren. Ein Vierteljahrhundert nach der Wiedereinrichtung eines Nationalstaats

auf deutschem Boden wäre alles andere ungläubwürdig. Außerdem nähmen sie so ungewollt jene Führungsrolle ein, in der viele Europäer sie seit geraumer Zeit ohnehin sehen. „Ich fürchte weniger die deutsche Macht, als dass ich beginne, die deutsche Untätigkeit zu fürchten“, erklärte Polens Außenminister Radosław Sikorski Ende 2011 in Berlin: „Sie dürfen nicht versäumen zu führen.“

Dass die Deutschen so auf jenen nationalen Alleingang zurückgeworfen werden könnten, von dem man sie nach 1945 mit allen Mitteln abhalten wollte, entbehrt nicht der Ironie. Heute wissen sie mit dieser Macht verantwortlich umzugehen. Das ist – im Lichte der Geschichte – eine ziemlich gute Nachricht.

Die Kanzlerin glaubt tatsächlich daran, dass Deutschland das „schaffen“ kann und muss



GREGOR SCHÖLLGEN lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Erlangen. Die Bundeskanzlerin stellte sein Buch „Gerhard Schröder. Die Biographie“ vor. Gerhard Schröder war dabei